

SIEGFRIED SCHRÖDER RUANDA HAT GEWÄHLT

Im ostafrikanischen Ruanda fanden am 16. September 2013 Parlamentswahlen statt. Sie haben zu einer Bestätigung der bisherigen Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus geführt. Auch weiterhin wird die Rwanda Patriotic Front (RPF), unter Präsident Paul Kagame, über eine große Mehrheit der Sitze verfügen.

HINTERGRUND

Ruandas politische Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte ist vor allem durch den Völkermord an großen Teilen der Tutsi-Bevölkerung (sowie moderater Hutu) im Jahr 1994 und seinen Folgen, der Verwicklung in die kriegerischen Konflikte im Ostkongo sowie durch massive ökonomische und soziale Herausforderungen gekennzeichnet. Der Genozid konnte durch die militärische Intervention der RPF unter Führung von Paul Kagame, der aus dem ugandischen Exil zurückkehrte, gestoppt werden. Seit dem Zeitpunkt wird das Land durch Kagame und seine Partei regiert, anfangs durch eine Vereinbarung nationaler und internationaler Akteure legitimiert, seit 2003 auf der Basis einer neuen Verfassung. Sie sieht u.a. die direkte Wahl des Exekutiv-Präsidenten mit einer Wahlperiode von sieben Jahren und einen fünf-jährigen Rhythmus für Parlamentswahlen vor.

Die Bevölkerung des kleinen, dicht-bevölkerten Landes, das an Burundi, die Demokratischen Republik Kongo, Uganda und Tansania angrenzt, lebt zu großen Teilen auf dem Land. Noch immer sind ca. 90 Prozent der Menschen Agrarproduktion abhängig, die meisten in der Subsistenz-Landwirtschaft. In den letzten Jahren hat es zwar merkliche Fortschritte in der Infrastrukturentwicklung und im Dienstleistungssektor gegeben, allerdings gibt es weiterhin große Engpässe bei der Energieversorgung. Trotzdem konnte durch große Anstrengungen der Regierung mit Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von mehr als acht Prozent erreicht werden; der durchschnittliche Einkommenszuwachs liegt bei fünf Prozent. Da Ruanda durch regionale und internationale Agenturen eine relativ positive Bewertung seiner Korruptionsanfälligkeit hat erhält, kann davon ausgegangen werden, dass ein Teil dieser Einkommenssteigerungen durchaus einen größeren Teil der (urbanen) Bevölkerung erreicht. Auf dem Land dagegen ist die Armut weiterhin deutlich sichtbar. Dennoch gehört Ruanda aufgrund der massiven Entwicklungsanstrengungen der letzten Jahre, gerade auch im sozialen Sektor, zu den afrikanischen Ländern, für die ein weitgehendes Erreichen der Millennium Development Goals als möglich angesehen wird. Hohe Einschulungsraten, zurückgehende Müttersterblichkeit, Verbesserungen bei der Versorgung mit sauberem Wasser und die Einführung einer Basis-Krankenversicherung gelten als erfreuliche Zeichen auf diesem Weg.

Ruandas größtes politisches Problem besteht in den fortwährenden gewaltförmigen Auseinandersetzungen an seiner Westgrenze. Im kriegerischen Konflikt in den beiden kongolesischen Kivu-Provinzen ist Ruanda nicht nur Opfer von Angriffen der kongolesischen Armee und der FDLR (Democratic Forces for the Liberation of Rwanda), eine Guerillaarmee unter Einschluss ehemaliger Akteure des Völkermords von 1994. Durch Verstrickung ruandischer Politik und ruandischen Militärs in diese Auseinandersetzungen, wahrscheinlich auch durch die (keineswegs nur legale) Nutzung ostkongolesischer Bodenschätze (unter anderem Coltan) für die eigene wirtschaftliche Entwicklung ist Ruanda auch Akteur in diesem vielschichtigen Konflikt. Hinzu kommt, dass Ruanda vermutlich auch Rebellen Gruppen wie die M23 im Ostkongo unterstützt.

Von Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen wird Präsident Kagame und seiner Regierung die Verletzung grundlegender Freiheitsrechte vorgeworfen; dies gilt für freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Freiheit für sexuelle Minderheiten und unabhängiges Agieren von politischer Opposition. Die autoritäre Herrschaft nach innen als auch das Agieren im Ostkongo, vor allem gegenüber der FDLR, begründen die RPF und ihr Vorsitzender mit der Notwendigkeit, nationale Einheit, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu bewahren bzw. zu befördern.

WAHLPROZESS UND -ERGEBNISSE

Die Wahlen am 16. September liefen friedlich ab, obwohl noch am Wochenende zuvor Bombenanschläge in Kigali, – für die von der Regierung die FDLR verantwortlich gemacht wird – zwei Todesopfer gefordert hatten und vermutlich mit dem Ziel verübt worden waren, den Wahlprozess zu destabilisieren. Wahlbeobachter hatten keine Unregelmäßigkeiten zu berichten. Erstaunlich war die Wahlbeteiligung von weit über 90 Prozent, selbst in der Diaspora nahmen Tausende von RuanderInnen ihr Wahlrecht wahr. Da es in Ruanda keine Wahlpflicht gibt, kann diese Beteiligung auch als positiver Ausdruck für die von der Regierung immer wieder postulierte nationale Einheit angesehen werden. Inwieweit die hohe Wahlbeteiligung allerdings auch Einschüchterungsversuchen der Regierung geschuldet ist, wie die außerparlamentarische Opposition vermutet, lässt sich schwer sagen.

Obwohl verschiedene Parteien zur Wahl standen, gab es kaum einen Wahlkampf, in dem verschiedene inhaltliche Konzepte, personelle Alternativen oder generelle Perspektiven zu nationaler Entwicklung oder internationaler Verortung eine Rolle gespielt hätten. Am interessantesten waren noch die Debatten um zwei Parteien und ihr Führungspersonal, die gar nicht zur Wahl angetreten waren, aber sich nach Einschätzung politischer Beobachter möglicherweise zu einer „echten“ Opposition für Kagame und seine RPF entwickeln könnten: Die Democratic Green Party (DGP) unter Führung von Frank Habineza und die United Democratic Front (FDU), deren Gründerin und Vorsitzende, Victoire Ingabire, im Gefängnis sitzt.

Im ruandischen Parlament können 80 Sitze besetzt werden, davon 53 in direkter Wahl durch die Bevölkerung. Über 400 KandidatInnen stellten sich zur Wahl, allerdings nur vermittelt über Parteilisten. Die restlichen 27 Sitze wurden ein Tag nach der Wahl durch nationale Gremien an Frauen, Behinderte und VertreterInnen von Jugendverbänden vergeben.

Bei den direkt gewählten KandidatInnen entfielen 76 Prozent auf die RPF einschließlich einiger sehr kleiner Parteien, die zusammen mit der RPF ein Wahlbündnis bilden. Im Einzelnen sind dieses die Ideal Democratic Party (PDI), die Parti Socialiste Rwandais (PSR), die Parti du Progrès et la Concorde (PPC) und die Centrist Democratic Party (PDC). Diese Parteien sind seit langem durch von Abgeordnetenmandate und Ministerposten in das RPF-dominierte Herrschaftssystem eingebunden. Auch die beiden an sich eigenständig agierenden Parteien PSD und PL sind auf ähnliche Weise in das System intergriert. Auf die sozialdemokratische PSD entfielen 13 und auf die liberale PL 9,4 Prozent. Im Endergebnis hat das RPF-Bündnis gegenüber PSD und PL im Vergleich zur letzten Parlamentswahl zwei Prozent verloren.

Durch die Nicht-Zulassung anderer Parteien, ist das bisher ‚bewährte‘ System der RPF-dominierten Allparteienregierung bestätigt worden. Eine Schwäche des ruandischen Wahlsystems besteht darin, dass die Bevölkerung in den Wahlbüros ausschließlich Parteilisten ankreuzen kann, nicht jedoch einzelne, ihnen bekannte Abgeordnete ins Parlament schickt, die dann auch persönlich vor Ort Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen müssten. Die vier unabhängigen KandidatInnen, die zur Wahl angetreten waren, hätten hier eine Alternative darstellen können, hatten aber letztendlich keine Chance. Bemerkenswert ist weiterhin die Tatsache, dass das ruandische Parlament das einzige weltweit ist, das über eine Frauen-Mehrheit verfügt, die nunmehr auf über 60 Prozent – einschließlich der 27 indirekt vergebenen Sitze – angewachsen ist.

Erst kurz vor der Stimmabgabe wurde – nach einem mehrjährigen Antragsverfahren – die DGP als Partei zugelassen, allerdings zu spät, um noch an den Parlamentswahlen teilnehmen zu können. Ihr Gründer, Frank Habineza, verbrachte aus Furcht vor politischer Verfolgung und Repression einige Jahre im Exil; er ist im Jahr 2010 zurückgekehrt. Programmatisch orientiert sich seine Partei stark an ökologischen Zielen. Eine Beteiligung an zukünftigen Wahlen sollte nun möglich sein.

Auch Victoire Ingabire ist es vor wenigen Jahren aus dem Exil zurückgekehrt, um sich mit der von ihr gegründeten FDU – Ergebnis umfassender politischer Einigungsarbeit unter ExilruanderInnen – direkt in den politischen Prozess in Ruanda einzubringen. Im Gegensatz zur DGP ist die FDU noch nicht als Partei registriert worden. Seit Oktober 2012 muss Ingabire die Arbeit als Parteivorsitzende aus dem Gefängnis heraus bewerkstelligen. Sie ist zu einer achtjährigen Haftstrafe wegen terroristischer Verschwörung und Leugnung des Völkermords verurteilt worden. Hintergrund für die Anklage und die Verurteilung sind Vorwürfe, Kagame und die RPF hätten den Genozid im Jahr 1994 mit befördert, u.a. durch den Abschuss des Präsidentenflugzeugs, der zum Anlass für den Beginn des massenhaften Mordens genommen wurde. Ähnliche Vorwürfe werden von vielen RuanderInnen – vor allem im Exil – geäußert. Ob und wann durch eine (neuerliche) unabhängige, internationale Untersuchungs- oder Wahrheitskommission diese Vorwürfe jemals bestätigt oder aus dem Weg geräumt werden können, bleibt abzuwarten.

BEWERTUNG

Die Parlamentswahlen in Ruanda sind ohne große Überraschungen und Zwischenfälle verlaufen. Das Ergebnis ist wie erwartet ausgefallen. Allerdings dürfen der Wahlverlauf, die Beteiligung von diversen Parteien und KandidatInnen sowie die hohe Wahlbeteiligung nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Wahlen von einem umfassenden demokratischen Prozess noch weit entfernt sind. Zu den Mängeln gehören vor allem fehlende Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Behinderung oppositioneller Kräfte.

In einer innen- und außenpolitisch schwierigen Situation hat sich durch die scheinbar problemlose Durchführung der Wahlen und den überwältigenden Sieg für Kagames RPF die Position des Präsidenten stabilisiert. Allerdings wird diese Stabilisierung nur von kurzfristiger Dauer sein, sollte Kagame nicht bald politische Erfolge bei der Lösung des Konfliktes mit der Demokratischen Republik Kongo vorweisen können. Die innenpolitische Stärke des Präsidenten hängt auch von der Nachfolgefrage für das Präsidentenamt ab. Kagame darf nach der gültigen Verfassung 2017 nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren, hat aber bisher offen gelassen, ob er nicht eine entsprechende Verfassungsänderung anstrengen wird. Zudem steht eine Öffnung für mehr politische Konkurrenz und Meinungsfreiheit auf der Tagesordnung. Weitere Fortschritte in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind auch davon abhängig, dass Ruanda sich mit seinen Nachbarn in der Ostafrikanischen Gemeinschaft und der SADC sowie mit den internationalen Gebern über seinen politischen Kurs einigt. Energiepolitische und andere Infrastrukturmaßnahmen sind nur grenzüberschreitend im regionalen Kontext zu planen und umzusetzen. Und soziale, aber auch andere wichtige Entwicklungsvorhaben brauchen auf absehbare Zeit verlässliche Finanzierungszusagen der sogenannten Entwicklungspartner aus dem Norden.

Ähnlich wie auch in einigen Nachbarländern muss weiter beobachtet werden, wie sich innerhalb der herrschenden politischen Elite die Gewichte verschieben. Wird es eine Erneuerung innerhalb des Machtapparats geben, werden wichtige Ministerien und Parteipositionen durch jüngere und eher technokratisch ausgerichtete PolitikerInnen übernommen werden können? Und können damit auch mittelfristig die Chancen für eine weitere Demokratisierung verbessert werden?

Der Autor – Siegfried Schröder leitet seit 2012 das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Ostafrikanischen Gemeinschaft mit Sitz in Daressalam.